

# Inhaltsverzeichnis

<b>A. Einleitung</b> .....	1
<b>B. Historische Entwicklung</b> .....	3
I. Entwicklung der Dokumentationspflicht .....	3
1. Rechtsprechung des Reichsgerichts .....	3
2. Rechtsprechung des BGH von 1950 bis 1972 .....	4
3. Rechtsprechung des BGH ab 1972. ....	5
a) Arsenvergiftungsfall vom 16. Mai 1972 .....	6
b) Dammschnitturteil vom 14. März 1978. ....	7
c) Dokumentationsurteil vom 27. Juni 1978 .....	7
d) Zwischenergebnis .....	9
4. Die Zeit nach 1978 .....	10
a) Standesrechtliche Rezeption .....	10
b) Patientenrechtgesetz. ....	11
II. Entwicklung des Einsichtsrechts .....	12
1. Zunächst kein Einsichtsrecht des Patienten .....	12
2. Rechtsprechungsänderung ab 1982 .....	14
<b>C. Bestimmung der Akteure: Behandelnder und Patient</b> .....	19
I. Behandelnder .....	19
II. Patient. ....	20
<b>D. Anwendungsbereich der §§ 630f und 630g BGB</b> .....	23
I. Vertraglicher Kontext .....	23
1. „Klassischer“ Behandlungsvertrag. ....	23
2. Verträge über Heim- und Pflegeleistungen. ....	24
II. Außervertraglicher Kontext .....	27
1. Geschäftsführung ohne Auftrag .....	28
2. Öffentlich-rechtliches Behandlungsverhältnis? .....	30
3. Notarzt und Rettungsdienst .....	31
4. Öffentlich-rechtliche Unterbringung .....	33
5. Amtsärztliche Untersuchung .....	34
	IX

<b>E. Dokumentationspflicht</b> .....	35
I. Zusammenschau der Dokumentationspflichten .....	35
II. Dokumentationszwecke .....	37
1. Therapiesicherung .....	37
2. Patientenautonomie und Rechenschaftspflicht .....	38
3. Beweissicherung .....	40
a) Bisher kein Beweissicherungszweck .....	40
b) Akzentverschiebung durch das PatRG? .....	41
c) Eingeschränkte Beweissicherungsfunktion .....	44
4. Leistungsrechtliche Funktion .....	46
III. Inhalt und Umfang der Dokumentation .....	46
1. Aus fachlicher Sicht wesentliche Maßnahmen .....	47
2. Katalog des § 630f Abs. 2 BGB .....	51
3. Empfängerhorizont .....	52
4. Arztbriefe und Transferdokumente .....	53
5. Sonderfälle .....	54
a) Berufsanfänger .....	54
b) Off-Label-Use .....	54
c) Außenseiter- oder Neulandmethoden .....	55
IV. Form der Dokumentation .....	55
V. Zeitpunkt der Dokumentation .....	57
1. Unmittelbarkeit .....	57
2. Konsequenz zeitlicher Verzögerung .....	60
VI. Revisionssicherheit .....	62
VII. Delegation der Dokumentation .....	65
VIII. Rechtsfolgen bei Verletzung der Dokumentationspflicht .....	66
1. Kein eigenständiger Leistungs- und Ersatzanspruch .....	66
2. Dokumentationsmangel als Schadensursache .....	67
3. Unzutreffende Dokumentation .....	68
4. Beweisrechtliche Konsequenzen .....	69
a) Vermutung für Unterlassen der Maßnahme .....	69
b) Widerleglichkeit der Vermutung .....	71
c) Analogie zu § 630h Abs. 3 BGB .....	72
IX. Abdingbarkeit der Dokumentationspflicht .....	72
1. Individualvertraglicher Ausschluss .....	72
2. Ausschluss mittels AGB-Klausel .....	74
<b>F. Aufbewahrungspflicht</b> .....	75
I. Aufbewahrungsfristen .....	76
1. Grundsatz: Zehn-Jahres-Frist .....	76
2. Andere Aufbewahrungsfristen .....	77
a) § 10 Abs. 3 MBO-Ä .....	78
b) § 12 MBO-Z .....	78
c) § 199 Abs. 2 BGB .....	79
d) Datenschutzrechtliche Aufbewahrungspflicht? .....	80

aa) Anwendbarkeit . . . . .	80
bb) Aufbewahrungspflicht als Betroffenenrecht? . . . . .	81
cc) Bewertung . . . . .	82
dd) Zwischenergebnis . . . . .	83
e) Ausdehnung der Zehnjahresfrist im Einzelfall? . . . . .	83
II. Fristbeginn . . . . .	85
III. Umfang der aufzubewahrenden Dokumentation . . . . .	86
IV. Grenzen der Aufbewahrung . . . . .	87
V. Pflicht zur Nacheile . . . . .	89
VI. Verstoß gegen die Aufbewahrungspflicht. . . . .	89
<b>G. Einsichtsrecht . . . . .</b>	<b>93</b>
I. Übersicht zu § 630g BGB . . . . .	93
II. Begriff der Einsichtnahme . . . . .	94
III. Gegenstand und Umfang des Einsichtsrechts . . . . .	97
1. Gegenständlicher Umfang . . . . .	97
2. Inhaltlicher Umfang . . . . .	101
a) Objektive Befunde und subjektive Wertungen. . . . .	101
b) Formelle und informelle Dokumentation . . . . .	103
c) Dokumentation interner Abläufe . . . . .	105
d) Personalien der Behandlungsseite . . . . .	107
IV. Disponibilität des Einsichtsrechts . . . . .	108
V. Geltendmachung des Anspruchs . . . . .	110
1. Das Einsichtnahmeverlangen . . . . .	110
2. Angemessene Zeitspanne . . . . .	110
3. Problematik bei minderjährigen Patienten . . . . .	113
VI. Originäres Einsichtsrecht des Patienten (§ 630g Abs. 1 BGB) . . . . .	115
1. Kein besonderes Interesse . . . . .	115
2. Einsichtnahme durch Bevollmächtigte . . . . .	116
a) Berechtigtes Vertretungsinteresse . . . . .	116
b) Rechtsgeschäftliche Vollmacht . . . . .	117
c) Schweigepflichtentbindung . . . . .	119
3. Befugnis kraft Gesetzes . . . . .	122
a) Sorgerechtsinhaber. . . . .	122
b) Ehegatten . . . . .	123
c) Lebenspartner. . . . .	125
d) Betreuer . . . . .	125
e) Entgegenstehender Patientenwille . . . . .	126
VII. Postmortales Einsichtsrecht (§ 630g Abs. 3 BGB) . . . . .	126
1. Rechtliche Qualifikation des Anspruchs. . . . .	127
a) Vertragliche Abrede . . . . .	127
b) Übergang von Todes wegen. . . . .	128
c) Bloße Wahrnehmungsbefugnis . . . . .	130
d) Gesetzliches Schuldverhältnis . . . . .	130
2. Einsichtsrecht der Erben. . . . .	132

a) Erbenbegriff . . . . .	132
b) Nachweis der Erbenstellung . . . . .	133
c) Autonomes Erbenrecht . . . . .	133
d) Vermögensrechtliches Interesse . . . . .	134
e) Vererbbarkeit von Schriftstücken und Familienpapieren . . . . .	136
3. Einsichtsrecht der Angehörigen . . . . .	137
a) Angehörigenbegriff . . . . .	137
aa) § 11 Abs. 1 Nr. 1 StGB . . . . .	137
bb) § 77 Abs. 2 StGB . . . . .	138
cc) § 1a Nr. 5 TPG . . . . .	139
dd) § 60 Abs. 2 UrhG bzw. § 22 S. 4 KUG . . . . .	139
ee) § 1 Nr. 1 BArchG . . . . .	139
ff) Herleitung eines passenden Angehörigenbegriffs . . . . .	140
b) Rangmäßiger Ausschluss . . . . .	142
c) Immaterielles Interesse . . . . .	144
4. Ausdrücklicher und mutmaßlicher Patientenwille . . . . .	147
a) Ausdrücklicher Patientenwille . . . . .	148
b) Mutmaßlicher Patientenwille . . . . .	150
c) Beweislast . . . . .	153
5. Gestaltungsmöglichkeiten des Patienten bzgl. postmortaler Einsicht . . . . .	155
VIII. Sonderfall: Bewusstlose Patienten . . . . .	156
IX. Verweigerung der Einsichtnahme . . . . .	157
1. Erhebliche therapeutische Gründe . . . . .	158
a) Begriff der therapeutischen Gründe . . . . .	158
b) Bezugsperson . . . . .	160
c) Erheblichkeitsschwelle als inzidenter Abwägungsauftrag . . . . .	162
d) Verhältnismäßigkeit der Art und Weise . . . . .	165
e) Pflicht zur Verweigerung . . . . .	166
2. Sonstige erhebliche Rechte Dritter . . . . .	167
a) Begriff des Dritten . . . . .	167
b) Erhebliche Drittrechte . . . . .	168
c) Güterabwägung . . . . .	169
d) Der Behandelnde als Dritter? . . . . .	170
3. Rechte des Behandelnden . . . . .	171
a) Pauschale Verweigerung und subjektive Wertungen . . . . .	171
b) Entscheidung des VG München v. 16.09.2016 . . . . .	172
c) Beachtlichkeit im Rahmen von § 630g BGB . . . . .	173
d) Korrektiv- und Schrankenfunktion des § 242 BGB . . . . .	177
4. Offenlegung der Verweigerung . . . . .	178
5. Einschränkung der Einsichtnahme . . . . .	179
6. Unmöglichkeit nach § 275 BGB . . . . .	179
X. Begründungspflicht des § 630g Abs. 1 S. 2 BGB . . . . .	180
1. Problematik . . . . .	180
2. Begründungstiefe . . . . .	181

3. Möglicher Zweckgefährdungsvorbehalt .....	182
4. Gerichtliche Kontrolle .....	183
a) Eingeschränkte Überprüfbarkeit .....	183
b) In-camera-Verfahren .....	184
c) Entscheidung durch Arzt des Vertrauens .....	185
d) Bewertung .....	186
XI. Weitere Modalitäten des § 630g BGB .....	186
1. Ort der Einsichtnahme .....	186
2. Anspruch auf Abschriften .....	188
3. Übersendung der Abschriften .....	191
4. Vertragliche Ersetzung der Einsicht durch Übersendung von Kopien .....	194
5. Bestätigung der Vollständigkeit .....	195
6. Kosten .....	196
a) Allgemeines .....	196
b) Vermeintlich doppelte Kostenregelung .....	199
c) Besonderheiten im Kontext des § 291a SGB V .....	199
d) Zahlungsweise und Zurückbehaltungsrecht .....	200
aa) Vorschusspflicht .....	201
bb) Erstattungspflicht .....	201
cc) Bewertung .....	202
dd) Zurückbehaltungsrecht .....	203
7. Zeitpunkt der Einsichtnahme .....	204
8. Wiederholtes Verlangen .....	206
9. Lesbarkeit und Erläuterung der Unterlagen .....	207
10. Streitwertbemessung .....	208
11. Verjährung und Verwirkung .....	209
XII. Eigentum an Krankenunterlagen .....	210
XIII. Einsichtsrechte aufgrund anderer Vorschriften .....	212
1. Elektronische Gesundheitskarte, § 291a SGB V .....	212
a) Zugriffsrechte .....	212
b) Anwendungsbereich in GKV und PKV .....	213
c) Ausgewählte Problemkreise .....	214
2. Datenschutzrechtliche Aspekte .....	215
a) BDSG 2003 .....	216
b) EU-Datenschutzgrundverordnung .....	219
aa) Anwendungsbereich .....	220
bb) Auskunftsrecht nach Art. 15 DSGVO .....	221
(1) Anspruchsinhalt .....	221
(2) Anspruchsumfang .....	223
cc) Ausgewählte Problemkreise .....	224
(1) Kostentragung .....	224
(2) Auskunftsverweigerung .....	225
c) Die postmortale Dimension des Datenschutzrechts .....	227

**H. Schlussbetrachtung** ..... 229

    I. Grundlegendes..... 229

    II. Dokumentationspflicht ..... 229

    III. Aufbewahrungspflicht..... 230

    IV. Einsichtsrecht ..... 230

    V. Postmortales Einsichtsrecht..... 231

    VI. E-Health-Gesetz und Datenschutzrecht..... 232

**Literatur**..... 233